

Stadtparlament

Wortprotokoll

21. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 20. Februar 2018, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Schmid Luzi, CVP/EVP

Anwesend Stadtparlament: 28 Mitglieder

Entschuldigt: Daepf Rudolf, SVP
Schwarz Urs, SP-Gewerkschaften-Juso

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP
Brühwiler Konrad, SVP
Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
Hug Patrick, CVP
Züllig Hans Ulrich, FDP

Protokoll: Holenstein Nadja, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 21/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
- 21/2. Revision Parkierreglement 2017
Redaktionslesung und Schlussabstimmung
- 21/3. Motion „Konzept für die Hafendammnutzung“ von Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso
Beantwortung, Beratung, Beschlussfassung
- 21/4. Postulat „Verschiebung Veloständer beim Schwimmbad“ von Reto Gmür, SVP Stellungnahme, Beratung, Beschlussfassung
- 21/5. Ergänzungswahlen in das Wahlbüro
Rücktritt Weibel Esther
Rücktritt Campedel Aurelia
Rücktritt Seganfredo Francois
- 21/6. Fragerunde
- 21/7. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren. Zur 21. Parlamentssitzung der laufenden Legislatur 2015-2019 begrüsse ich Sie alle hier im Saal recht herzlich. Noch vor wenigen Tagen hat hier drin im Seeparksaal, aber auch draussen in den Arboner Gassen die bunte, schrille Arboner Fasnacht geherrscht, haben sich die Narren ausgetobt und sich, wie sich das gehört, auch mehr oder weniger schön oder unschön über Arbons Politik lustig gemacht. Das darf sein, dass Narren den Königen – oder hier in Arbon die Lällen den Stadtverantwortlichen – den Verhaltens- und Benimmsspiegel vors Gesicht halten. Viel Konfetti, noch mehr schrille Töne und hässliche Gestalten – alles unter dem Allerweltsmotto „Baustelle“. Dieses Motto „Baustelle“ ist im wörtlichen wie im übertragenen Sinn sehr symptomatisch für Arbon. Nach der Stadthausstürmung am Freitag, wie das jedes Jahr Tradition ist, sollten die Stadtverantwortlichen und die Verwaltung wieder zurückgekehrt sein an ihre Arbeitsplätze in ihren Büros und das und das politische und administrative Kommando zurückerobert haben. Es gilt zu verstehen, aber noch mehr zu beherzigen, dass jeder Fasnachtsspruch, jeder Fasnachtsgag irgendwo, irgendwann aus einem realen Empfinden entsprungen ist und somit ein Seelentröpfchen Wahrheit und Aktualität enthält. Die Fasnachtszeit ist durch, für dieses Jahr um und vorbei, jetzt und hier ist wieder Parlamentsalltag angesagt. Den schalkigen, besserwissenden Hugo Volksvertreter haben wir bis zum nächsten Lällenabend auf dem Estrich verstaubt. Behalten wir ein klein wenig Fasnachsstimming in unserem Politalltag – das kann nicht schaden.

Zu heute Abend: Es dürfte heute Abend eine vergleichsweise kurze Sache werden, aber trotzdem machen wir das seriös und pflichtbewusst wie immer. Für die heutige Sitzung mussten sich Rudolf Daupp, SVP, und Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso, abmelden und Silke Sutter Heer, FDP/XMV, kommt etwas später. Die Absenz von Rudolf Daupp bedeutet auch, dass für ihn ein Ersatzstimmenzähler zu bestimmen ist. In Absprache mit der SVP-Fraktion wird Heinz Gygax für dieses temporäre Amt vorgeschlagen. Ich frage Sie: Gibt es Einwände, gibt es andere Wahlvorschläge? – Dem ist nicht so. Heinz Gygax ist in stiller Wahl gewählt. Ich gehe davon aus, er nimmt die Wahl an und ich bitte dich, zum Büropodium zu kommen.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Präsident fest, dass zu Beginn der Parlamentssitzung 27 Mitglieder des Parlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Es gilt mitzuteilen, dass Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso, seinen Rücktritt sowohl aus dem Stadtparlament wie auch aus der Sozialhilfebehörde dem Büro schriftlich mitgeteilt hat. Eine kleine Verabschiedung für ihn als zurücktretendes Parlamentsmitglied werden wir am Schluss dieser Sitzung vornehmen. Da die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso bereits eine Nomination für die Sozialhilfebehörde getroffen hat, beantragen wir eine entsprechende Ergänzung der Traktandenliste. Das heisst, im Anschluss an das Traktandum „Ergänzungswahlen in das Wahlbüro“ schieben wir diese Ersatzwahl in die Sozialhilfebehörde ein. Gibt es Wortmeldungen oder gar Ablehnungen zur vorgeschlagenen Ergänzung der Traktandenliste oder überhaupt zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall. Die Traktandenliste wird erweitert um die Ersatzwahl in die Sozialhilfebehörde und wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 30. Januar 2018

- Bericht mit Synopse der Redaktionskommission zum revidierten Parkierreglement

Mit Versand vom 17. Oktober 2017

- die stadträtliche Beantwortung der Motion "Konzept für die Hafendammnutzung" von Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso
- die stadträtliche Stellungnahme zum Postulat „Verschiebung Veloständer beim Schwimmbad“ von Reto Gmür, SVP

Das Protokoll der 20. Parlamentssitzung wurde vom Büro genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

Es darf heute der Eingang eines parlamentarischen Vorstosses bekanntgegeben werden, nämlich die Motion „Einführung Jobcoaching Stadt Arbon“ von Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso, Lukas Auer, Dominik Diezi, beide CVP/EVP und Peter Künzi, FDP/XMV. Diese Motion wird nun zur Zirkulation unter den Parlamentariern freigegeben.

2. Revision Parkierreglement 2017

Redaktionslesung und Schlussabstimmung

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: An der Parlamentssitzung vom 7. November 2017 wurde die Revision Parkierreglement in zweiter Lesung materiell abschliessend beraten. Die genehmigten Anträge und somit die Fassung nach zweiter Lesung sind in der linken Spalte der Synopse enthalten. Die Redaktionskommission hat am 13. November 2017 an ihrer Sitzung das Reglement beraten, deren textliche Verbesserungsvorschläge sind in der rechten Spalte der Synopse in roter Schrift enthalten. Wir werden das Reglement als Ganzes redaktionell durchberaten. Ohne Abänderungsanträge wird die Fassung gemäss Redaktionskommission für richtig angeschaut, also die rechte Spalte mit den roten Ergänzungen.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Was lange währt, ist endlich gut. Ich bitte Sie, den Bericht der Redaktionskommission zur Kenntnis zu nehmen und habe nicht vor, ihn Ihnen vorzutragen. Nur zwei Dinge möchte ich erwähnen.

1. Der Flexibus kann in Arbon kommen. Wir haben eine entsprechende Bestimmung, wonach wir diese Leute zuweisen können. Es ist in weiser Voraussicht durch die vorberatende Kommission der Art. 9 geschaffen worden, der gestattet, zeitliche Limiten zu setzen, Gebühren zu verlangen, sodass man allfällige Stationamente für diese Busse sehr gut finanzieren könnte. Der alte Bahnhof und die dortigen Bushaltestellen könnten sich dafür auch recht gut eignen und sind erst noch zentral, nicht so wie in Zürich und anderen Orten.
2. Zum PW-Littering, das ja ebenfalls Seiten unserer Regionalzeitung gefüllt hat: Das PW-Littering auf privaten Parkplätzen mag ein Problem sein. Wir haben da schon seit Langem

den Art. 31, der besagt, dass man diese Autos beseitigen kann, zumal sie auf dem öffentlichen Grund eh immatrikuliert sein müssen.

Damit habe ich meine einleitenden Bemerkungen geschlossen und ich bitte, materiell einzutreten.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Eintreten ist meiner Meinung nach gegeben. Die Diskussion zu Vorschlägen der Redaktionskommission ist offen.

Marlies Näf-Hofmann, CVP/EVP: Ich stelle Ihnen den Antrag auf eine redaktionelle Korrektur in den Art. 3, 7 und 8 Parkierreglement. Der Antrag lautet, in den Art. 3, 7 und 8 soll es anstatt „Ziffer IV Gebührenpflichtiges Parkieren in der Nacht“ heissen: „Abschnittstitel IV Gebührenpflichtiges Parkieren in der Nacht“.

Begründung: Bei einer Nennung von Ziffern in einem Erlass ist automatisch eine Unteraufteilung von Artikeln gemeint. Das ist aber hier nicht so. Der Verweis bezieht sich auf einen Abschnittstitel und nicht auf eine Ziffer in einer Bestimmung. So steht es auch in Übereinstimmung mit den Richtlinien des Kantons Thurgau für die Gesetzgebung Ausgabe 2004, welche die Redaktionskommission beachtet haben will (siehe S. 10 Erlassgliederung). Ich bitte um Genehmigung meines Antrags betreffend allen drei Artikel.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Der Antrag ist völlig korrekt und es ist einfach ein Versehen Ihrer Redaktionskommission. Sie sehen, man kann immer gescheiter werden. Ich bitte Sie, diesen Anträgen zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag von Marlies Näf-Hofmann, CVP/EVP wird einstimmig angenommen.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Ich habe zwei oder drei Anträge zur Verbesserung, die mir erst nachträglich in den Sinn gekommen sind bzw., wenn man etwas niederschreibt, meint man, kommen einem gute Gedanken.

Der Randtitel zu Art. 1: Das ist nicht ein Grundsatz, der hier erwähnt wird, sondern es sind mehrere Grundsätze, die sich auf mehrere Abschnitte beziehen. Ich bitte Sie darum, redaktionell zu legiferieren, Grundsätze im Plural.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission wird einstimmig angenommen.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Zum selben Art. 2 Abs. 3 habe ich bereits im Bericht geschrieben, wie man formulieren könnte, ohne mit Strichpunkten zu operieren. Diese Regel könnte umgangen werden, indem der Satz wie folgt formuliert wird: „1. Blaue Zonen und 2. monetär bewirtschaftete Parkierzonen. 3. Das übrige Gemeindegebiet ist tagsüber nicht bewirtschaftete Parkierzone.“ Dann haben wir einen Satz und nicht eine Aufzählung. Ich finde dies besser. Demzufolge bitte ich Sie, diesem Antrag, der bereits im Bericht erwähnt ist, Art. 2 Abs. 3 zuzustimmen.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich bitte dich, den Antrag nochmals zu formulieren, damit wir das ins Reglement aufnehmen können.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Nehmen Sie bitte den Bericht zur Hand, lesen Sie dort den Kurzkommentar zu Art. 2 Abs. 3 in fine. Dort ist diese Regel, die vorhin erwähnt wurde und auch in der Synopse ist, beschrieben. Das könnte umgangen werden, indem als Satz formuliert wird, und zwar wie folgt: „1. Blaue Zonen und 2. Monetär bewirtschaftete Parkierzonen. 3. Das übrige Gebiet ist tagsüber nicht bewirtschaftete Parkierzone.“ Dann haben Sie im Prinzip, was ja auch Gesetzgebung sein soll, dass man in Sätzen formuliert. Dies finde ich besser, als was in der Synopse geschrieben steht und in der Redaktionskommission besprochen wurde. Ich bitte Sie, dieser redaktionellen Änderung zuzustimmen.

Felix Heller, SP/Gewerkschaften-Juso: Ich bin grundsätzlich einverstanden mit diesem Vorschlag. Ich frage mich nur: Im Bericht der Redaktionskommission ist bei 2. Monetär gross geschrieben. Sollte das nicht klein sein, wenn es ein Satz ist?

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Ich stimme bei.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich möchte erwähnen, dass Silke Sutter Heer mittlerweile eingetroffen ist. Es sind nun 28 Parlamentsmitglieder anwesend.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission wird mit der Ergänzung von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso mit 24 Ja gegen 4 Nein angenommen.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Wiederum, was bereits im Bericht angehängt worden ist: In Art. 15 der Titel „Typen von Parkerkarten oder Parkierbewilligungen“: Ich habe im Bericht geschrieben, in der Marginalie könnte „oder Parkierbewilligungen“ gestrichen werden, wenn Parkierbewilligung auch in Abs. 1 gestrichen wird. Warum der Begriff Parkierbewilligungen angeführt wird, ist unklar. Er wird im Reglement sonst nirgends verwendet. Es ist ein Irrläufer, der im Lauf der Beratung hineingeraten ist, aber in der Folge nirgends mehr gebraucht wird. Demzufolge bitte ich Sie, in der Marginalie „oder Parkierbewilligungen“ zu streichen und auch in Abs. 1 die Parkierbewilligung zu streichen, sodass Abs. 1 lautet: „Die Stadt Arbon stellt folgende Typen von Parkerkarten aus“. Ich bitte Sie, diesem Antrag zu Art. 15 zuzustimmen.

Christine Schuhwerk, FDP/XMV: Die Parkierbewilligung haben wir für die Zukunft eingefügt, denn es könnte ja alles auch digital gehen. Daher haben wir die Bewilligung eingefügt. Es müssen nicht immer nur Karten sein. Daher finde ich, sollten wir das belassen.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Was meine Kollegin Christine Schuhwerk sagt, ist vollkommen richtig. Das war die Meinung. Leider wurde diese Zukunft dann nie näher konkretisiert. So haben wir diese Zukunft einzig in Abs. 1 im Formellen, wo dann die Typen erwähnt werden, und im Randtitel. Namentlich in Abs. 2, wo eigentlich andere technische Massnahmen erwähnt werden, wird nichts von diesen Parkierbewilligungen geschrieben. Demzufolge ist das eher verwirrend. Was sie gesagt hat, sind eigentlich die technischen Massnahmen und nicht neue Parkierbewilligungen. Es soll bei der Typologie bleiben. Nur die

Karten sollten ersetzt werden durch technische Massnahmen. Beispielsweise Vignetten, Strichcodes und weiss ich, was alles die Zukunft uns noch bescheren wird. Ich bitte Sie demzufolge, dem Streichungsantrag zuzustimmen, obschon die Bemerkungen von Christine Schuhwerk zutreffen.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller wird mit 16 Nein gegen 11 Ja abgelehnt.

Pascal Ackermann, SVP: Bei Art. 15 Typ D steht“ Pendlerinnnen“. Das ist mit 3 n geschrieben. Ich bitte um Streichung eines n.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Ich bitte Sie um mehr solche Korrekturen. Ich bin sicher, es hat noch mehr solche dumme Fehler drin. Schauen Sie die Unterlagen bitte gründlich an. Wir sehen noch mehr, wie das Pascal Ackermann gesehen hat.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Über diesen Antrag müssen wir nicht abstimmen, das n wird gestrichen. Da keine weiteren Wortmeldungen gewünscht sind, ist die Redaktionslesung abgeschlossen.

Riquet Heller, Präsident Redaktionskommission: Das wollte ich auch noch erwähnen: Die Redaktionslesung kann geschlossen werden. Die Sache ist schlussabstimmungsfähig und auch für dich Luzi unterschriftsfertig, sodass du das Ganze dem Stadtrat übergeben kannst, er das Reglement vielleicht auf den 1. Juli zum Semesteranfang in Kraft setzen und mit einer entsprechenden Verordnung versehen kann. Für die Geduld bedanke ich mich bei Ihnen allen, speziell bei meinen Kolleginnen und Kollegen der vorberatenden Kommission und der Redaktionskommission.

Stadtrat Konrad Brühwiler, SVP: Der Präsident der Redaktionskommission hat es angekündigt: Das Ziel ist der 1. Juli. Die Verordnung ist in Bearbeitung. Sie wird noch vom Stadtrat in zwei Lesungen abgesegnet und danach in Kraft gesetzt. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal ausdrücklich bei der vorberatenden Kommission, bei deren Präsidenten, der ja in Personalunion auch der Präsident der Redaktionskommission ist, bedanken für die sehr effiziente und ich möchte sagen tiefe Arbeit, die da geleistet wurde.

Abstimmung

Das revidierte Parkierreglement wird einstimmig angenommen.

3. Motion „Konzept für die Hafendammnutzung“ von Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso

Beantwortung, Beratung, Beschlussfassung

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Die Motion „Konzept für die Hafendammnutzung“ von Ruth Erat, SP, Gewerkschaften-Juso wurde am 23. Mai 2017 eingereicht. Die Beantwortung des Stadtrats haben Sie erhalten. Ich habe hier noch einen Einschub zu machen. Da die Firma Morgenegg Gervasi AG unter anderen von der Stadt Arbon mit der Ausarbeitung eines

Nutzungskonzepts zur Hafendammnutzung beauftragt worden ist, wünscht Roland Morgenegg für dieses Traktandum gemäss Art. 23 des Geschäftsreglements in den Ausstand zu treten.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Der Hafendamm, heute die Mittelmole zwischen dem alten und dem neuen Hafen, schliesst einerseits die Parkanlage mit Spiel-, Freizeit- und Eventplätzen ab, anderseits die Steinacher Bucht mit dem Naturschutzgebiet, der alten Quaianlage und den Wohn- und Promenierzonen. Früher der Ort der Kieshaufen, ist der Hafendamm nun ein Parkplatz, gesäumt von einem Streifen für Fussgänger, teilweise bestückt mit Sitzbänken. Betrachtet man die Situation vom Kopf der Anlage her, erkennt man, hier sollte, könnte, müsste aus dem einstigen Anlege- und Umschlagplatz für Kiestransporte ein Eingangsportal entstehen. Wer mit dem Kurs- oder Ausflugsschiff ankommt, erlebt Arbon auf die attraktivste Weise. Man sieht vor sich den Schlosshügel mit Schlossturm, Martinskirche und Galluskapelle, links und rechts grosszügige Promenier- und Spazierwege, weite Rasenflächen und das architektonisch ausgestaltete Band der Bäume und Quais, dahinter auch die Zeugen der Industrialisierung, die neu aus Historischem eine Zukunft für Wohnen, Arbeiten und Kultur schaffen. Nicht umsonst gehört der Bereich gemäss Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder (ISOS) der Umgebungszone I an. Es ist demgemäß für Arbans Stadtbild unerlässlich und untersteht strengen Gestaltungsvorschriften. Die Aufgabe ist also komplex. Denn hier kommen Wohnen, Freizeit, Natur und Arbeit zusammen. Ansprüche von Architektur, Denkmal- und Landschaftsschutz, Ökologie, Tourismus und die Bedürfnisse nach der Rekreation – Wohnen und Schlafen – und Freizeitgestaltung stossen aufeinander. Denn das touristische Zentrum, welches sich hier auffächert, ist hinterlegt mit einem gewachsenen Ortsbild, Wohnbereichen und produktiven Industrie- und Dienstleistungszonen. Das ist grossartig. Das verpflichtet aber auch. Dass die Zukunft der Mittelmole nicht einfach Parkplatz heissen kann, ist klar. Dass hier vieles auch nach baulichen Massnahmen ruft, ebenso. Dass hier aber Interessen aufeinanderprallen, fordert. Die Reaktion auf Bauten zeigt dies deutlich. Man ist in diesem Bereich empfindlich. Empört hat man auf das neue SLRG-Gebäude gezeigt. Und auch der Versuch der Stadt, einen vom Stadtrat favorisierten Pavillon als Sommer-Lounge-Möglichkeit realisieren zu lassen, hat zu Einsprachen geführt. Er liess sich aber auch gar nicht bewilligen. Dieser Versuch war auch der Auslöser für die vorliegende Motion. Widerrechtlich und konzeptlos vorzugehen sollte ersetzt werden durch eine zukunftsweisende Konzeption, umsichtig, breit abgestützt und Fachkompetenz einbindend. Ermatingen zeigt derzeit, wie das geht. Breite Abstützung, eine Planungskommission aus Baufachleuten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Einwohnerinteressen, Vereinen, Kursschifffahrt, kantonalen Ämtern, Denkmalschutz, Landschaftsschutz gemäss Zeitungsbericht, und so auch gemäss Zeitungsbericht interessiert man sich auch in der Bevölkerung dafür und kommt an die Veranstaltungen, selbst wenn Gruppenfasnacht ist. Bei uns haben die Intervention des Kantons und Einsprachen zu einem Stillstand des städtischen Bau- und Freizeitenthuziasmus geführt und es ist nachgebessert worden mit der Einsetzung einer Projektgruppe, erster Phase der Zonenplanrevision und die Zuteilung des Gebiets zur Tourismuszone ist vorgesehen. Auch das Baugesuch für den Glaspavillon ist nicht mehr aktuell. Ich habe sogar gehört, es sei zurückgezogen worden. Sicher bin ich nicht. So ist denn frühestens nach 2020 möglich, dass auf dem Hafendamm Neues entsteht. Also ist alles gut. Oder muss man nicht doch besser sagen: Alles kann gut werden. Das Vorgehen der Stadt, einfach einen Pavillon zu bewilligen und erst nach Einsprachen und dem kantonalen Verdikt eine Projektgruppe zusammenzustellen, ist dann gleichsam die Grundvoraussetzungen zu beachten, nämlich die Zonenplankonformität, das zeugt weder von Um- noch von Weitsicht.

Das ärgert nur. Die einseitig auf Architekten und Stadt beschränkte Projektgruppe, die nun eingesetzt ist, schliesst aus, statt einzubinden. Neuer Widerstand ist damit programmiert. Zudem sollte die Stadt nach dem Rückzug des Baugesuchs durch die MiLu Gastro GmbH, sofern das geschieht oder geschehen ist, den Vertrag mit ihr auflösen. Pavillonbau und Lounge sollten nicht vorabgesetzte Vorgaben bleiben. Es ist also noch einmal zu beginnen. Auf der Basis des neuen Zonenplans mit einer Projektgruppe und einem Auftrag, der Architektur, Ökologie, Denkmalpflege, Landschaftsschutz, Tourismus und Wohnen berücksichtigt. Ein Teil davon ist geleistet. Dazu wird Andreas Balg verdienstvollerweise die notwendigen Informationen auch noch zusätzlich vermitteln. Ich selbst lege dem Parlament nahe, die Motion als unerheblich zu erklären, dies trotz der Bedeutung des Geschäfts und den dringlichen Anliegen, wie ich meine. Dem Anliegen 1. die Planungskommission breit abzustützen, 2. die rechtskräftige Grundlage der Ortsplanungsrevision abzuwarten, 3. den noch bestehenden Vertrag mit der MiLu aufzulösen. Unerheblich ist die Motion, weil ich falsch vorgegangen bin, also hier nur angeregt werden kann. Ich hoffe, dass solche Anregungen dennoch möglich sind und danke Andreas Balg für seinen Nachtrag zur mittlerweile teilweise veralteten Antwort auf die Motion.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Die Motionärin hat gut taktiert. Sie hat gesagt, es sei ihr recht, wenn die Motion nicht erheblich erklärt wird, hat sie aber nicht zurückgezogen. Somit ist die Diskussion offen.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Wahrscheinlich unüblich, aber an dieser Stelle trotzdem hilfreich gebe ich Ihnen kurz den aktuellen Stand der einzelnen Planungsschritte bekannt.

Nach wie vor setzt sich der Stadtrat für eine weitere Aufwertung und Attraktivitätssteigerung der gesamten Quaianlage ein. Für das gewählte Vorgehen gab es gute Gründe, auf diese gehe ich aber nicht ein, sondern lediglich auf den aktuellen Stand.

Am 18. Dezember 2017 hat der Stadtrat die Umzonung zurückgezogen und den Auftrag für eine Konzeptstudie erteilt. Sie haben es mitbekommen, der Auftrag ging an eine Arbeitsgruppe von Arboner Architekten, wo Roland Morgenegg mit dabei ist. Das Konzept soll vielleicht vor, aber sonst spätestens im Sommer 2018 abgeschlossen sein. Im Rahmen der neuen Ortsplanungsrevision schlägt der Stadtrat die Umzonung in die Touristik- und Freizeitzone vor, dazu gibt es allerdings Einwände, auf diese werden wir eintreten. Abschluss der Gemeindeortsplanungsrevision ist ja etwa auf Ende 2019 geplant, die Genehmigung durch den Kanton dürfte, wenn dies so eintritt, 2020 sein. Zusätzlich darf ich Ihnen mitteilen, dass am 7. Februar 2018 das Baugesuch für den Pavillon zurückgezogen wurde.

Abstimmung

Die Motion „Neues Konzept für die Hafendammnutzung“ wird einstimmig für nicht erheblich erklärt.

Roland Morgenegg kehrt aus dem Ausstand zurück.

4. Postulat „Verschiebung Veloständer beim Schwimmbad“ von Reto Gmür, SVP

Stellungnahme, Beratung, Beschlussfassung

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Das Postulat „Verschiebung Veloständer beim Schwimmbad“ von Reto Gmür, SVP wurde am 29. August 2017 eingereicht. Die Stellungnahme des Stadtrats haben Sie erhalten.

Reto Gmür, SVP: Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Bearbeitung meines Postulats, obschon ich mit der Beantwortung absolut unzufrieden bin. Das teilte ich dem zuständigen Stadtrat auch persönlich mit. Danach haben Peter Gubser und ich vor Ort einen Augenschein genommen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich bei Peter Gubser dafür zu bedanken. Nun zu den einzelnen Punkten:

Nur weil der Stadtrat gegen Autos restriktiv vorgeht, heisst das nicht, dass es den motorisierten Verkehr nicht gibt. Bei schönem Wetter zwischen Mai und August herrschen vor dem Schwimmbad chaotische, extrem gefährliche Zustände. Diese hätten wir mit einer Verschiebung der Veloständer zum vorgesehenen Standort sofort und kostengünstig entschärfen können. In den Medien wurde es so dargestellt, als wolle ich dieses Veloparking auflösen. Niemand hat zur Aufhebung von Veloparkplätzen aufgerufen. Auch ich bin Velofahrer und Fussgänger. Mein Auto brauche ich höchstens dreimal im Monat. Ich gehe öfters am Tag mit meinem Hund an diesem Veloparking vorbei und kenne daher diese Situation dort nur zu gut. Die Nähe zum Eingang ist so oder so gegeben. Der Veloparkplatz links davon würde sowieso nicht verändert. Da es hinter dem vorgesehenen neuen Standort noch weitere Autoparkplätze gibt, wäre auch der neue Parkplatz näher am Eingang als die Autoparkplätze. Dieser Punkt erscheint mir als klassische Ausrede, da Nähe sowieso relativ ist. Die ASTRA-Anforderungen wären somit allesamt auch beim neuen Standort erfüllt. Die Gebühren sind aufgrund der vom Leiter der Abteilung Einwohner und Sicherheit verlangten und erhaltenen Unterlagen errechnet worden. Sie sind, wenn überhaupt, nur leicht nach unten zu korrigieren. Somit verschenkt der Stadtrat hier auch noch, wie er selbst in der Stellungnahme schreibt, bewusst Geld. Um dieses Geld ging es mir in dieser Sache aber nicht primär. Im Vordergrund stand die Sicherheit und die ist auch bei der Ankündigung von Peter Gubser, die Dauer der Belegung dieser Parkplätze durch diese Veloständer von Mitte Juni bis Mitte August zu verkürzen, nicht gewährleistet. Diese Massnahme ist zwar gut gemeint, nützt aber in puncto Sicherheit rein gar nichts. In meinen Augen haben wir es verpasst, auf eine einfache und rasche Art diese gefährliche Situation vor der Badi zu entschärfen und erst noch ein paar Franken daran zu verdienen. Das finde ich sehr schade. Man kann in jeder Suppe ein Härrchen finden, wenn man nur lange genug darin sucht.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Zuerst möchte ich dir, Reto Gmür, im Namen der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso für den Vorstoss danken. Das Grundanliegen des Postulats, die Gefährdung von Velofahrern durch Autos zu reduzieren, ist unterstützenswert. Wenn dabei noch Mehrerträge für die Stadt generiert werden können, ist das umso besser. Was die Mehrerträge durch Parkgebühren betrifft, möchten wir aber darauf hinweisen, dass diese im Postulat zu optimistisch berechnet wurden. Der geschätzte Ertrag von CHF 80.-- kann nicht einfach auf fünf volle Monate aufgerechnet werden. Das scheint nicht realistisch. Wichtiger als die Höhe der Mehrerträge scheint uns aber der fragwürdige Ansatz, mit dem man das Problem beheben möchte. Velofahrer sollen den Autofahrern ausweichen. Wer mit dem Fahrrad in die Badi geht, soll einen weiteren Weg in Kauf nehmen, damit jene, die mit dem Auto anreisen, direkt vor dem Eingang parkieren können. Man bestraft also quasi die schwä-

cheren Verkehrsteilnehmer dafür, dass sie von den stärkeren gefährdet werden. Dieser Vorschlag geht für uns komplett in die falsche Richtung. Wenn man die potenziell gefährliche Situation durch parkierende Autos vor der Badi wirklich entschärfen möchte, so müsste man, wenn schon, sämtliche Parkplätze vor dem Schwimmbad aufheben und dort eine autofreie Zone einrichten. Die Gefahr durch ausparkierende Autos besteht ja nicht nur für Badibesucher, sondern auch für die vielen Velofahrer und Skater, die dem See entlang fahren. In diesem Sinn stimmen wir dem Vorschlag nicht zu und werden das Postulat nicht überweisen. Wie wir vernommen haben, du hast es erwähnt Reto Gmür, hat der Stadtrat den Vorstoss trotzdem zum Anlass genommen, die aktuelle Praxis leicht anzupassen. In Zukunft soll ein Teil der Veloständer nur noch während der Hauptsaison, also von Mitte Juni bis Mitte August montiert werden und die Parkplätze vorher und nachher den Autos zur Verfügung stehen. Dies scheint für uns ein gangbarer Kompromiss.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Auch wir bedanken uns für den Vorstoss und die Idee, Mehrertrag zu generieren. Ich wollte schon immer einmal Teil einer Diskussion um ein Veloständerproblem sein, aus diesem Grund habe ich mich in der Fraktion starkgemacht, diese Beantwortung führen zu dürfen. Aus Sicht unserer Fraktion ist die Stellungnahme zum Postulat des Stadtrats stringent. Als zusätzliches Argument könnte ich noch anführen, dass vor allem Einheimische mit dem Velo in die Badi gehen und eher Auswärtige mit dem Auto anreisen. In diesem Sinn scheint es mir sinnvoll, die Einheimischen einmal zu bevorzugen, sie haben die näheren Parkplätze, und die Autofahrer von weiter her müssen ihr Auto weiter weg abstellen. Nach Art. 45 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments Ziff. 3 empfehlen wir, das Postulat nicht an den Stadtrat zu überweisen.

Lukas Auer, CVP/EVP: Das Anliegen von Reto Gmür begrüssen wir. Da es darum geht, Geld zu generieren oder besser gesagt der gut gemeinte Ratschlag für Zusatzeinnahmen von möglicherweise rund CHF 12'000 pro Saison ist lobenswert. Reto Gmür hat Recht. Ich wohne selbst etwa 20-30 Meter vom Schwimmbad weg. Da unten ist ein Chaos für die Autofahrer und die Velofahrer. Wir hoffen einfach, dass es nie einen Unfall gibt. Da fahren die Autofahrer, wie sie möchten, die Velofahrer fahren, wie sie möchten, dann kommt noch ein Skater hinzu, dann noch jemand mit dem Hund und irgendwann knallt es einmal. Es gibt momentan aber keine andere Lösung. Wir müssen diese Lösung so hinnehmen. Unsere Fraktion möchte die Schlechterstellung der Velofahrer ebenfalls nicht, wie meine Vorrredner. Die Mehrheit der CVP/EVP ist klar mit der Antwort des Stadtrats einverstanden und will das Postulat nicht mehr zu einer neuen Ausrichtung an den Stadtrat überweisen.

Roland Schöni, SVP: Wir haben das Postulat von Reto Gmür in der Fraktion ausführlich besprochen und haben es für eine gute Lösung gefunden. Es wäre ein Ansatz gewesen für die Entschärfung der Situation beim Schwimmbad. Es geht hier eigentlich nicht darum, dass die Autofahrer kürzere Wege zum Schwimmbad haben und dass man die Velofahrer weiter nach hinten rückt, sondern es geht in erster Linie um die Sicherheit. Beim Schwimmbad ist seit Jahren schon, das wissen viele, das weiss auch der Stadtrat, eine gefährliche Situation. Der Suchverkehr vor allem an schönen Sonntagen ist gewaltig. Jeder fährt dort vorbei, sucht einen Parkplatz, findet keinen, fährt wieder zurück. Es wäre ein Vorschlag, dort eine autofreie Zone zu schaffen. Das wäre eigentlich gut, aber man würde die vielen hinteren Parkplätze verlieren. Ich glaube, da wäre zu viel gemacht. Fraglich ist ja, dass man zusätzlich eine Person dort hinstellen muss, die für die Situation schauen muss, damit es nicht zu Unfällen kommt. Das zeigt ja, dass die Situation nicht gut ist. Den vorderen Platz für die Ve-

lofahrer könnte man gut belassen und die anderen, wie Reto Gmür es vorgeschlagen hat, nach weiter vorne setzen. In erster Linie ginge es darum, die Sicherheit dort zu verbessern. Das Problem ist wie gesagt schon lange bekannt und der Stadtrat hat bisher noch nie irgend etwas in dieser Richtung unternommen. Wenn ich noch ein bisschen ausführen darf: Es fehlen zum Beispiel auch alternative Parkplätze. Jeder fährt die Grabenstrasse hinunter, obwohl alles proppenvoll ist. Dann muss man wieder heraufahren und sucht irgendwo einen Parkplatz. Nirgends ist ersichtlich, wo die Leute parkieren können. Es ist einfach so. Ich bin auch dafür, die Anwohner sollen mit dem Fahrrad kommen, da bin ich absolut auch dafür. Aber wenn eine Familie aus dem Appenzellerland kommt, dann kommt sie halt mit dem Auto. Für diese Leute müssen wir einen Parkplatz anbieten. Man will ja einen tollen Betrieb im Schwimmbad haben. Es wäre ein guter Vorschlag gewesen, die Situation dort unten zu entschärfen mit dieser Lösung der Versetzung der Veloständer. Gut, der Stadtrat will nicht, ich hoffe nicht, dass er einmal einen Unfall verantworten muss. Aber es ist leider im Verkehr so, es muss immer zuerst etwas Schlimmes passieren, bis eine Lösung kommt. Ich hoffe inständig, dass dies hier nicht geschieht. Es ist die Entscheidung des Stadtrats, nicht einzutreten. Positiv ist, Peter Gubser hat sich der Sache angenommen. Es kommt jetzt auch zu einer Verkürzung beim Aufstellen der Veloständer, das ist schon mal etwas Positives. Also man hat sich Mühe gegeben. Das finden wir gut. Also es ist Ihre Entscheidung, es ist die Entscheidung des Stadtrats. Schauen wir weiter, bis jetzt ist nichts passiert, leben wir weiter mit dieser Lösung und hoffen, dass es nie zu einem Unfall kommt.

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich danke für die positiven Reaktionen auf die Stellungnahme des Stadtrats. Ich bin hocherfreut, dass alle Fraktionen damit einverstanden sind, dass Velofahrer bei der Badi im Prinzip den Vorrang haben. Ich bin auch erfreut, dass von allen Fraktionen gesagt wurde, dass doch die Arbonerinnen und Arboner mit dem Velo zum Schwimmbad gehen sollen. Das ist auch unsere Meinung. Wie Reto Gmür und Lukas Graf bereits erwähnt haben, habe ich nach der Besichtigung mit Reto Gmür die Situation im Ressort noch einmal besprochen, und wir haben bestimmt, dass inskünftig diese östlich des Eingangs liegenden Parkplätze erst Mitte Juni aufgebaut werden und Mitte August wieder abgebaut werden, also nur noch zwei Monate und nicht fünf oder sechs Monate dort eingerichtet sind. Diese zusätzlichen Veloparkplätze dienen dann den Gästen unserer Badi in den zwei wichtigsten Sommermonaten. In der übrigen Zeit hält sich der Badibesuch ja meistens in engeren Grenzen. Damit können die finanziellen Ausfälle, die meiner Ansicht nach Reto Gmür fast zu hoch berechnet hat, zumindest teilweise eliminiert werden. Ich hoffe, dass das unserer Kasse dann gut tut. Mehrmals wurde erwähnt, dass die Verkehrssituation vor der Badi schwierig sei. Damit bin ich einverstanden. Ich sehe aber im Moment einfach keine Möglichkeit, die ganze Geschichte zu sanieren. Man könnte schon eine Studie machen und dann den ganzen Platz umbauen, aber im Moment haben wir dafür glaube ich kein Geld. Wir sind einfach gehalten, alle Verkehrsteilnehmenden zu bewegen und daran zu erinnern, die Regeln einzuhalten. Die schwierigsten Situationen entstehen nämlich dann, wenn Autofahrer mitten in der Strasse stehenbleiben, um die Kinder und das Schlauchboot, die Luftmatratze und die Bälle auszuladen. Das können wir fast nicht verhindern, wenn wir nicht ständig einen Polizisten hinstellen. Ich danke Ihnen für die Rückmeldungen und ich bitte Sie, das Postulat nicht zu überweisen.

Abstimmung

Die Überweisung des Postulats wird mit 23 Nein gegen 5 Ja abgelehnt.

5. Ergänzungswahlen in das Wahlbüro

Rücktritt Weibel Esther
Rücktritt Campedel Aurelia
Rücktritt Segnafredo Francois

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Gemäss Art. 31 Ziff. 5 unserer Gemeindeordnung wählt das Parlament das Wahlbüro. Die SP-Gewerkschaften-Juso schlägt für diese Ergänzungswahl folgende Nominationen vor: Frau Belinda Telatin und Frau Sheila Oliveira. Die dritte Nomination ins Wahlbüro muss noch offen gehalten werden. Ich bitte den Fraktionssprecher, uns die beiden Kandidatinnen kurz vorzustellen.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften, Juso: Als Ersatz für die ersten beiden der drei Zurücktretenden schlagen wir Ihnen Sheila Oliveira und Belinda Telatin vor. Sheila Oliveira ist 25-jährig und studiert Soziale Arbeit an der Fachhochschule St. Gallen. Belinda Telatin, die Tochter meines Kollegen Fabio Telatin, ist 20 Jahre jung und gelernte Fachfrau Gesundheit. Ich bitte Sie, den beiden Frauen ihre Stimme zu geben und danke den abtretenden Urnenofiziantinnen für ihren Einsatz.

Abstimmung

Sheila Oliveira und Belinda Telatin werden einstimmig ins Wahlbüro gewählt.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Wir gratulieren Sheila Oliveira und Belinda Telatin zu ihrer Wahl und wünschen ihnen kurzweilige und interessante Wahl- und Abstimmungswochenenden.

6. Ergänzungswahl in die Sozialhilfebehörde

Rücktritt Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Die SP-Gewerkschaften-Juso schlägt Ihnen für diese Ergänzungswahl Jakob Auer vor.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich denke, ich muss Ihnen Jakob Auer nicht vorstellen. Die Sozialhilfebehörde wäre auf jeden Fall für ihn keine Neuheit. Er wäre ein Rückkehrer. Er war bereits längere Zeit Mitglied der Sozialhilfebehörde und ist, als er Präsident des Parlaments wurde, zurückgetreten. Ich bitte Sie, ihm die Stimme zu geben.

Abstimmung

Jakob Auer wird einstimmig unter eigener Enthaltung als Mitglied in die Sozialhilfebehörde gewählt.

7. Fragerunde

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen sind mündlich zu stellen,

der zuständige Stadtrat beantwortet die Fragen in der Regel sofort und ebenfalls mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Lukas Auer, CVP/EVP: Der Stadtrat hat kürzlich über einen Ergänzungskredit für die Renovation der Schlossmauern informiert. Darin wird von einem Ergänzungskredit von CHF 278'000 und einer Auftragserweiterung im Umfang von CHF 382'100 geschrieben, wobei je 20 % der Bund und der Kanton übernehmen dürften, was gemäss Informationsschreiben einem Betrag von rund CHF 647'000 entsprechen soll. Meine Fragen:

Wie sind diese CHF 647'000 vom Bund und Kanton im Kontext mit den gesamten Mehrkosten von CHF 660'000 zu verstehen?

Betreffen Ergänzungskredit und Kosten für Auftragserweiterung die gleiche Auftragsvergebung?

Wie hat der Stadtrat von diesen Mehrkosten erfahren?

Wurden deswegen Zusatzverträge mit der ausführenden Baufirma nötig?

Wäre für dieses Geschäft vom finanziellen Volumen her, sprich Finanzkompetenz, nicht das Parlament zuständig gewesen?

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Bei der Sanierung der Schlossmauer handelt es sich um ein Projekt von insgesamt etwa CHF 1.5 Mio. Dieses Projekt ist aufgeteilt in verschiedene Teile. Die ersten Arbeiten wurden 2015 ausgeführt, weitere Arbeiten wurden 2016 ausgeführt, 2017 wurden weitere Arbeiten ausgeführt. Ursprünglich war vorgesehen, die zusätzlichen Aufgaben, die noch anstehen, auf 2018 und 2019 zu verteilen. Mit dem Investitionsbudget, welches Sie bewilligt haben, mit dem Budget für 2018 haben wir da eine Änderung vorgenommen. Ich habe dort auch ausgeführt, dass wir diese Sanierung der Schlossmauern nicht weiter in die Länge ziehen wollen. Wir haben auch bereits jetzt 2017 Arbeiten vorweggenommen, die eigentlich erst 2018 vorgesehen gewesen wären. Darum dieser Ergänzungskredit. Wir haben also CHF 278'000 bereits im Jahr 2017 ausgegeben, die eigentlich für 2018 geplant waren. Sie werden dann bei der Rechnung 2017 sehen, dass die gesamten Investitionen daher nicht überbordet haben. Es wird auch aus der Rechnung 2017 wieder hervorgehen, dass die ursprünglich geplanten Investitionen nicht alle getätigter werden konnten. Jetzt haben wir in unserer Medienmitteilung geschrieben, dass Auftragserweiterungen im Umfang von CHF 382'000 gemacht werden konnten. Das betrifft verschiedene Firmen. Es betrifft für die Natursteinarbeiten die Firma Wurster, es betrifft für Erdarbeiten die Firma Strabag, es betrifft weiter die Firma Stutz mit dem grössten Betrag von CHF 261'000. Das sind alles Teile von diesen CHF 278'000 und von Beträgen, die bereits für 2018 vorgesehen waren. Man kann also nicht einfach diese beiden Zahlen zusammenzählen, wie das Lukas Auer gemacht hat, sondern wir haben lediglich CHF 278'000 mehr ausgegeben im Jahr 2017, die wir eigentlich 2018 ausgeben wollten. Dann haben wir im vergangenen Herbst beim Kanton das Gesuch um Unterstützung unseres Projekts Sanierung Schlossmauern eingereicht und haben jetzt in den letzten Wochen die Kostengutsprache erhalten. Weil das zusammenhängt, haben wir das in derselben Medienmitteilung der Bevölkerung und auch Ihnen mitgeteilt. Die Kosten für das Gesamtprojekt Sanierungsmassnahmen Schlossmauern betragen etwa CHF 1.5 Mio., davon übernimmt der Bund 20% und der Kanton übernimmt 20%. Das ist dann der Betrag von CHF 647'000, welche die Stadt zurückerstattet erhält. Ich hoffe, dass ich so Klarheit in diesen Zahlensalat bringen konnte.

Dann möchte ich noch eine Bemerkung machen. Ich glaube, es war sinnvoll, diese Arbeiten, die für 2018 vorgesehen waren, bereits 2017 durchzuführen. Denn dank diesen zusätzlichen Arbeiten konnte die Schlossgasse endlich von diesen störenden Baugerüsten befreit werden.

Die Anwohnerinnen und Anwohner haben mir persönlich dafür gedankt, dass diese Gerüste jetzt endlich weg sind, was jetzt auch die Zufahrt zum ZiK erleichtert, wo grössere Bauarbeiten zu erledigen sind. Ich meine, es ist richtig, hier situationsgerecht zu handeln.

Aus der Frage geht auch ein bisschen hervor, man hätte jetzt wieder grosse Kostenüberschreitungen gehabt. Das ist aber nicht so. Es gibt aufwändigere Arbeiten, die nicht vorhergesehen werden können. Teile davon in der Schlossmauer sind teurer geworden als erwartet, aber das ist halt bei jedem Projekt so. Manche Projekte werden kostengünstiger abgeschlossen und bei anderen Projekten gibt es gewisse unvorhergesehene Schwierigkeiten, dann sind die Kosten höher. Mich stört es etwas, wenn bei den Projekten, wo es Kostenüberschreitungen gibt, laut reklamiert wird, was da alles nicht in Ordnung sei, und bei den Projekten, die unter Budget abgeschlossen werden, sagt man überhaupt nichts. Beispiel: Ende Jahr konnte die Abteilung Bau dem Stadtrat fünf Abschlussrechnungen von Projekten vorlegen. Innerhalb von vier Wochen wurden fünf Projekte abgeschlossen und abgerechnet. Drei Projekte wurden unter Budget abgeschlossen, zwei Projekte wurden über Budget abgeschlossen, gesamthaft gab es aber Minderausgaben von CHF 75'000. Also Sie sehen, wir sind wirklich bedacht, haushälterisch mit dem Geld umzugehen und gut zu planen, aber es ist nicht alles planbar.

8. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtrat Patrick Hug, CVP: Ich habe Sie an der letzten Parlamentssitzung vom 16. Januar orientiert, dass das Defizit der Jahresrechnung 2017 deutlich unter CHF 2 Mio. liegen wird. Kurz vor dem Rechnungsabschluss kann ich Ihnen nun mitteilen, dass der Fehlbetrag sogar weniger als CHF 1 Mio. betragen wird. Hauptursachen sind einerseits die Sozialhilfeausgaben, welche sich gegen Jahresende hin sukzessive dem Budgetzahlen angenähert und sich weniger dramatisch als ursprünglich befürchtet, entwickelt haben. Andererseits konnten mit dem Grundbuchamt bezüglich NLK alte Pendenzen im Zusammenhang mit Landkäufen und -verkäufen mit dem Kanton bzw. der Implenia erledigt werden. Hier resultierte ein ausserordentlicher Gewinn in der Höhe eines schönen sechsstelligen Betrags. In der Jahresrechnung 2017 ist der Landverkauf Seegarten von rund CHF 900'000 noch nicht enthalten. Dieser wird erst im laufenden Jahr 2018 rechnungswirksam. Parallel mit dem Jahresabschluss wird nun der ausführliche Jahresbericht erstellt, die Revision der Jahresrechnung 2017 findet Ende März statt, bevor dann der Stadtrat Jahresrechnung und Jahresbericht abschliessend genehmigen wird. Die Medienkonferenz schliesslich ist am 17. April vorgesehen.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Ich habe zu drei Terminen etwas zu sagen.

Das erste ist ein Rückblick zum Stadtgespräch vom 23. Januar. Wir hatten beim Stadtgespräch 17 interessierte Einwohner und eine Parlamentarierin anwesend. Bedauerlich, weil Sie wertvolle und interessante Informationen so nicht erhalten haben. Zum einen sind die ressortverantwortlichen Stadträte, welche über ihre Zielerreichung des vergangenen Jahres und den Ausblick auf das nächste Jahr informieren, also Details zu den Legislaturzielen. Das ist wertvoll. Zusätzlich ist dieses Stadtgespräch eine gute Gelegenheit, die Leistungen der Stadträte zu erkennen und den einzelnen Stadträten auf den Zahn zu fühlen, wenn man das dann will. Außerdem entsprechen wir mit dieser Veranstaltung dem x-fach wiederholten und dringenden Wunsch des Parlaments und der Bevölkerung, gut zu informieren. Wer gut informiert sein möchte, hat etwas verpasst.

Weiter gibt es die Möglichkeit, am 19. März zusammen mit Vertretern aus dem Stadtrat – Peter Gubser und ich werden dabei sein – gegen unsere Oberthurgauer politische Kollegen im Eisstockschiessen anzutreten. Bisher haben wir Eishockey gespielt. Das hat zu vielen Ausfällen oder Unfällen geführt. Wir steigen nun auf Eisstockschiessen um. Hier wäre die Möglichkeit, dass Parlamentarier zusammen mit uns als Vertreter eine Mannschaft mit den anderen Gemeinden im Oberthurgau konkurrieren. Lukas Graf war schon mit dabei. Ich würde es sehr begrüssen, wenn diese Gelegenheit von Ihnen genutzt werden würde, um mit Oberthurgauer Politikern ein gutes Spiel zu haben. Interessenten können sich bei Peter Gubser oder bei mir melden.

Dann weise ich gern noch auf eine Veranstaltung hin, die vom Think tank Thurgau am 20. April im Presswerk Arbon stattfindet. Es geht um die Preisverleihung des Jugendwettbewerbs 2018, Thurgauer Jugend denkt die Zukunft mit Auszeichnung von Matura- und Vertiefungsarbeiten, die sich mit dem Thurgau beschäftigen. Eine Anmeldung ist über info@thinktank Thurgau möglich. Ich würde es sehr begrüssen, wenn ich den einen oder anderen von Ihnen dort auch sehen würde.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Wir haben am Anfang der Sitzung erfahren, dass Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso seinen Rücktritt aus dem Parlament bekanntgegeben hat. Lukas Graf wird als Fraktionschef seine parlamentarische Schaffenskraft jetzt kurz würdigen, dann bitte ich dich Atakan, zu uns zum Bürotisch zu kommen, es gibt noch eine kleine Verabschiedung.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Atakan Oezcelebi ist seit Herbst 2011 Mitglied dieses Rats. Seit 2015 ist er Mitglied der Sozialhilfebehörde und hat in den vergangenen Jahren in zahlreichen vorberatenden Kommissionen mitgewirkt. Beispielsweise für das Friedhof Werkgebäude, Demenzinitiative, die Initiative zum Skatepark und beide Male auch für das Parkierreglement. Von 2009 bis 2017 war Atakan zusätzlich Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission der Primarschule. In den fraktionsinternen Diskussionen ist er immer durch seine überlegte, analytische Denkweise aufgefallen, was durchaus etwas mit seinem Beruf zu tun haben könnte. Vor fünf Jahren hat er sein Anwaltspatent erlangt und kurz darauf seine eigene Kanzlei in St. Gallen eröffnet. Die beruflichen Erfolge sind nun auch der Grund für seinen Rücktritt. Mit der Eröffnung einer neuen Niederlassung bleibt mit der Familie zu wenig Zeit, um sich aktiv im Stadtparlament Arbon zu engagieren. Ich bedaure das sehr, Atakan und möchte dir im Namen der Fraktion herzlich für dein Engagement danken. Ich wünsche dir sowohl beruflich als auch privat alles Gute. Ich hoffe auch, du bleibst der SP erhalten und trittst nur aus dem Parlament aus und nicht ganz weg vom politischen Parkett. Vielen Dank.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Wir vom Büro und vom Parlament möchten uns natürlich diesem schönen Dankeschön der SP-Gewerkschaften-Juso-Fraktion anschliessen und haben auch noch ein kleines Geschenk, Blumen und Süßigkeiten. Das macht natürlich bei männlichen Parlamentariern immer Nadja.

Die Motion „Einführung Jobcoaching Stadt Arbon“ von Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso, Lukas Auer, Dominik Diezi, beide CVP/EVP und Peter Künzi, FDP/XMV wird mit 13 Unterschriften, zusätzlich zu denjenigen der Motionäre, an den Stadtrat überwiesen.

Wir sind am Schluss der Sitzung. Ich bitte jetzt nur noch die Mitglieder des Büros, kurz zu bleiben, wir haben noch etwas zu besprechen, die anderen treffen sich in der Seestube. Bes-ten Dank und schönen Abend.

Sitzungsende: 20.25 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Luzi Schmid

Die Parlamentssekretärin:

Nadja Holenstein